

Änderungsantrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Ersteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Beteiligt: Sitzungsdienst Büro des Präsidenten der Bürgerschaft	Datum: 06.11.2017						
Fraktionsvorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und SPD Verhandlungen mit einer Arbeitsgemeinschaft von 5 Rostocker Wohnungsgenossenschaften zur großflächigen Bebauung mit Wohnraum im Stadtzentrum							
Beratungsfolge: <table><tr><td>Datum</td><td>Gremium</td><td>Zuständigkeit</td></tr><tr><td>08.11.2017</td><td>Bürgerschaft</td><td>Entscheidung</td></tr></table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	08.11.2017	Bürgerschaft	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
08.11.2017	Bürgerschaft	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Satz ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Bürgerschaft von den Vorhabenträgern über die notwendige Beteiligung zur Aufstellung des Bebauungsplanes hinaus, über wesentliche Verfahrensschritte informiert wird.

Sachverhalt:

Im Sinne einer schnellen Schaffung von Wohnraum ist eine begleitende Information der Bürgerschaft sinnvoll, um eine schnelle Beschlussfassung zum Bebauungsplan zu ermöglichen und ggf. frühzeitig Konflikte erkennen und lösen zu können.

Es ist zu prüfen, ob im Rahmen der Verhandlungen eine entsprechende Regelung in den Städtebaulichen Vertrag aufzunehmen ist.

gez. Uwe Flachsmeyer
Fraktion B'90/GRÜNE

gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell
Fraktion der SPD